

„Auf Verhandlungen setzen“

Einige Bundestagsabgeordnete aus der Region sehen Alleingang beim ICAN-Vertrag skeptisch

Von Tatjana Coerschulte

KASSEL/BERLIN. Es waren die einzigen Einsätze von Atomwaffen, welche die Welt bisher erleben musste: In der kommenden Woche jähren sich die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945. Die Explosionen töteten 100 000 Menschen sofort, bis zum Ende des Jahres 1945 starben weitere 130 000 Menschen an den Folgen.

Das Kasseler Friedensforum hat den Bundestagsabgeordneten aus der Region kürzlich die sogenannte ICAN-Erklärung geschickt, welche ein Verbot von Atomwaffen unterstützt (siehe Hintergrund). Unsere Zeitung fragte bei den Politikern nach, ob sie die ICAN-Erklärung unterzeichnen. Diese Bundestagsabgeordneten antworteten:

• **Timon Gremmels (SPD, Kassel):** „Ich setze mich für eine Welt ohne Nuklearwaffen ein. Deshalb habe ich die ICAN-Erklärung zur Unterstützung des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnet. Leider lehnen wichtige Länder wie die USA und Russland den Vertrag ab. Diese beiden Weltmächte müssen aber zwingend einbezogen werden. Daher brauchen wir dringend neue Abrüstungsgespräche.“

• **Roy Kühne (CDU, Northeim):** „Als der UN-Atomvertrag 2017 unterzeichnet wurde, haben



Roy Kühne (CDU)

die Mitglieder der Nato den Vertrag abgelehnt, mit der Begründung, dass die Nato ein nukleares Bündnis bleibe, solange Atomwaffen existierten. Deutschland ist dem Abkommen nicht beigetreten, weil Abrüstung nur gemeinsam mit den Nuklearmächten

möglich ist. Dieser Auffassung stimme ich zu und lehne deshalb auch die Unterzeichnung der ICAN-Erklärung ab.“

• **Albrecht Glaser (AfD, Schwalm-Eder):** „Eine gefestigte Ja- oder Nein-Meinung habe ich zu ICAN nicht. Natürlich ist es einfach und sorgt für ein gutes persönliches Gefühl, wenn man sich gegen jedwede Art von Atomwaffen ausspricht. Irgendeine Art von Problemlösung ist jedoch mit einer solchen UN-Deklaration nicht verbunden. (...) Gute Politik lässt sich nicht durch vielleicht gut gemeinte Absichten ersetzen! (...)“

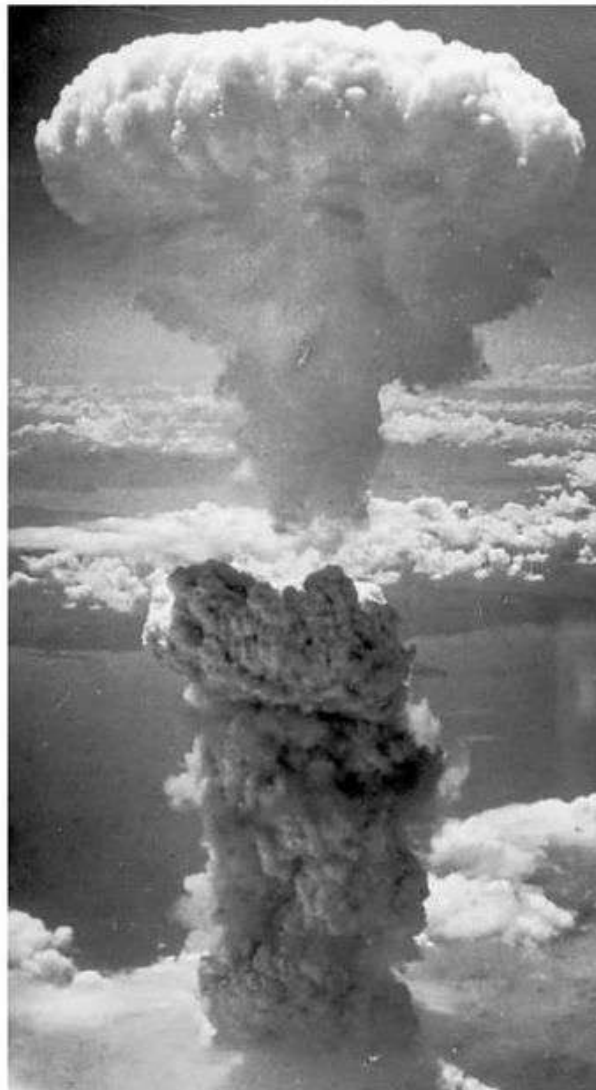
• **Bettina Hoffmann (Grüne, Schwalm-Eder):** „Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ist die erste international gelungene Abrüstungsinitiative im Bereich der nuklearen Abrüstung seit Jahrzehnten. (...) Ich fordere die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.“

• **Konstantin Kuhle (FDP, Göttingen):** „Ich kann mich mit dem langfristigen Ziel der ICAN-Erklärung identifizieren. (...) Eine Unterzeichnung Deutschlands muss jedoch in Abstimmung mit unseren Verbündeten erfolgen. Einen nationalen Alleingang lehne ich ab, weil er der Sicherheit Deutschlands und Europas mehr schadet als nützt.“

• **Jutta Krellmann (Linke, Hameln-Pyrmont):** „Ich befürworte die ICAN-Erklärung. (...) Nuklearwaffen zerstören nicht nur Menschenleben, sondern auch die ökologischen Systeme und machen die Infrastruktur für Jahrzehnte unbrauchbar. Das Geld, was für die Entwicklung, Produkti-



Jutta Krellmann (Linke)



Bis dahin nicht gekannte Zerstörungskraft: Der Atompilz nach dem Bombenabwurf über der japanischen Stadt Nagasaki war 18 Kilometer hoch. Das Foto nahm Charles Levy, Soldat der US-Luftwaffe, von einem B 29-Bomber auf. Foto: Charles Levy/Wikipedia|gemeintref/nh

on und Instandhaltung rausgeschmissen wird, bewegt mehr, wenn es für Frieden, Bildung, Arbeit und Gesundheit eingesetzt wird.“

• **Edgar Franke (SPD, Schwalm-Eder):** „Ich bin Realist genug. Ein Beitritt zur ICAN-Erklärung für die Bundesrepublik Deutschland ist derzeit nicht möglich, im Alleingang schon

gar nicht. (...) Die politische Lage zeigt, dass die Atomstaaten weit davon entfernt sind, auf ihr nukleares Drohpotenzial verzichten zu wollen. (...) Deshalb brauchen wir aber erst recht eine Vision einer atomwaffenfreien Welt und müssen dafür eintreten.“

• **Fritz Güntzler (CDU, Göttingen):** „Allerdings müssen wir

Hintergrund

Ican-Erklärung

Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde im vergangenen Jahr auf Initiative Österreichs von der UN-Generalversammlung ausgearbeitet und bis Anfang Juni 2018 von 59 Staaten unterzeichnet. Staaten, die Atomwaffen besitzen, und die Nato-Partner unterzeichneten den Vertrag nicht – auch Deutschland nicht. Die ICAN-Erklärung fordert nun jeden einzelnen Parlamentarier von Bundestag, Landtagen und EU-Parlament auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. „ICAN“ steht für „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“. Das Bündnis von Nichtregierungsorganisationen erhielt im vergangenen Jahr den Friedensnobelpreis. (coe)

Im Internet: www.icanw.de/abgeordneten-erklaerung

zu Kenntnis nehmen, dass nukleare Waffen von einigen Staaten nach wie vor als ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen betrachtet werden. Solange dies so ist – und Deutschland und Europa hiervon auch bedroht sind –, besteht aus meiner Sicht die Notwendigkeit zum Erhalt einer nuklearen Abschreckung. Diese wird durch die Nato gewährleistet. Deutschland setzt daher auf den Weg des Dialogs. Das finde ich richtig (...).“

• **Michael Roth (SPD, Werra-Meißner/Hersfeld-Rotenburg):** „Dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt fühle ich mich ohne Wenn und Aber verpflichtet. Jedoch wird es mit der ICAN-Erklärung keinen einzigen nuklearen Sprengkopf weniger auf der Welt geben, solange kein einziger Staat beiträgt, der über Atomwaffen verfügt. So mühselig es auch sein mag, wir sollten weiter auf Verhandlungen setzen, die die Atommächte miteinschließen. (...)“ Fotos: privat/nh